

## Niederschrift

### zur 32. Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2008/2014)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Dienstag, den 13.09.2011	18:03- 20:22 Uhr	Beratungsraum im Bürgerhaus "Fürstenwalder Hof"

#### Anwesenheit

##### Vorsitz

Stephan Wende ,

##### Fraktion DIE LINKE.

Maria Meinel ,

##### CDU-Fraktion

Rolf Hilke , Wolfgang Petenati Vertretung für Herrn Jens Hoffrichter,

##### SPD-Fraktion

Elisabeth Alter , Klaus Hemmerling , Jürgen Luban ,

##### FDP-Fraktion

Lothar Hoffrichter Vertretung für Herrn Lutz König,

##### Bündnis 90/Die Grünen

Peter-Frank Apitz ,

##### Sachkundige BürgerInnen

Lothar Kranz ,

##### Verwaltung

Marion Nötzel , Jürgen Roch , Christfried Tschepe

**Gäste:** Herr Wolfgang Rump von der Regionalen Planungsstelle Oderland-Spree, Herr Stemmler von der MOZ

#### Abwesend

##### Fraktion DIE LINKE.

Rene Benz , Jürgen Grasnack entschuldigt, Jurik Stiller ,

##### CDU-Fraktion

Jens Hoffrichter ,

##### FDP-Fraktion

Heiner Buzziol krank, Lutz König entschuldigt,

##### Sachkundige BürgerInnen

Jürgen Bechthold entschuldigt, Fred-Hagen Grünwald, Frank-Uwe Kurtz

## **TOP 1 Eröffnung der Sitzung**

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und informiert, dass sich Herr Buzziol, Herr König und Herr Grasnick für die Abwesenheit entschuldigt haben.

## **TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit**

Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

## **TOP 3 Feststellung der Tagesordnung**

Es liegen keine Beratungsdrucksachen vor. Herr Wende schlägt vor, den TOP 6.1, Erste Diskussionen zum Klimaschutzbericht auf die TO der nächsten regulären Sitzung nach der Stadtverordnetenversammlung zu verschieben und an der Stelle die Thematik „Schleuse Fürstenwalde“ zu setzen, die Herr Rump von der Regionalen Planungsstelle Oderland-Spree in Beeskow erläutern wird.

Über die Änderung der Tagesordnung wird durch die Mitglieder des Ausschusses abgestimmt.

**Zustimmung mit Änderung Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

## **TOP 4 Bestätigung der Niederschrift der 30. Sitzung vom 16.08.2011 und der 31. Sitzung vom 01.09.2011**

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der 30. Sitzung vom 16.08.2011 ist angenommen.

**Zustimmung JA 7 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0**

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der 31. Sitzung vom 01.09.2011 wird ebenfalls bestätigt.

**Zustimmung Ja 8 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0**

## **TOP 5 Informationen des Vorsitzenden**

Der Vorsitzende hat keine Informationen.

## **TOP 6 Behandlung der Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung (es liegen keine Beratungsdrucksachen vor)**

### **TOP 6.1 Neuorganisation der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes - Entwicklung der Spree-Oder-Wasserstraße und die Auswirkungen auf die Schleuse Fürstenwalde-**

Herr Rump, Regionalplaner bei der Regionalen Planungsgemeinschaft Oderland – Spree mit Sitz in Beeskow, spricht zur Reform der Wasser – und Schifffahrtsverwaltung des Bundes, zur Entwicklung der Havel – Oder - Wasserstraße und der Spree – Oder - Wasserstraße und die Auswirkungen auf die Schleuse in Fürstenwalde. Im Auftrage des Bundesverkehrsministeriums wurden die Wasserstraßen auf ihre Auslastung untersucht, die Wasserschifffahrtsverwaltung optimiert und im Zuge dessen das Konzept zur Netzstruktur (Klassifizierung der Bundeswasserstraßen) entwickelt. Nach dieser Klassifizierung werden die Restriktionen für die Aus- und Neubaumaßnahmen ausgerichtet. Es wurde ein Integriertes Verkehrskonzept für das Oderland - Spree erstellt, woraus Schlüsselmaßnahmen zur Anbindung der Industriestandorte und Regionale Wachstumskerne zu entnehmen sind. Herr Rump

geht auf den Ersatzneubau Schleuse Kleinmachnow, Verlängerung der Schleuse in Wernsdorf, den Rückbau der Schleuse Große Tränke, Verlängerung der Schleuse Kehrsdorf sowie auf die Zwillings-schachtschleuse Eisenhüttenstadt ein und erläutert dessen baulichen Zustände und deren Auslas-tungen.

Im Vergleich der Häfen, liegen in Fürstenwalde die größten Wachstumspotentiale schon allein durch den Firmensitz der FGL mit Hafen. Die Schleuse in Fürstenwalde gestaltet sich durch die vorhandene Enge für die Wirtschaft problematisch. Der Ersatz der alten Schleusenanlage, die seit 120 Jahren besteht, wird in wenigen Jahren notwendig werden.

Auf der Regionalversammlung am 11.04.2011 wurde ein Beschluss gefasst, der die Fortführung und Weiterführung der umweltverträglichen Verkehrspolitik, die Funktionserhaltung der SOW als Europä-ische Binnenwasserstraße, die Gewährleistung einer Abladetiefe von 2,20 m, die Herstellung ein-heitlicher Ausbauparameter der Schleusen entlang der SOW und die Fortführung der Investitionen in die Modernisierung und den Ausbau des Hafens Eisenhüttenstadt beinhaltet.

Abschließend gibt der Regionalplaner einen Überblick zu den bisherigen Aktivitäten zum Erhalt und Ausbau der Fürstenwalder Schleuse.

(Nähere Erläuterungen und Zahlenwerk können Sie der beigefügten Präsentation entnehmen).

Der Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Rump für die Ausführungen und erteilt den Mitgliedern des Ausschusses das Wort.

Herr Hilke von der CDU-Fraktion bringt den Vorschlag ein, ein Schreiben im Namen der Stadt Fürs-tenwalde/Spree an den Landtag und den Bundestag aufzusetzen, das sich inhaltlich gegen den Ausbaustopp der Wasserstraßen richtet und für die Umsetzung der zukunftssicheren Entwicklung der Wasserstraßen spricht.

Die Abgeordnete Alter verweist auf die fachpolitischen Sprecher im Bundestag und Bundesbaumi-nisterium als Adressaten, weil diese für die Entscheidungen verantwortlich sind.

Der Vorsitzende greift die Idee vom Abgeordneten Hilke auf und schlägt vor, um das Vorhaben zeitnah umzusetzen, als Fachausschuss fraktionsübergreifend tätig zu werden und sich schriftlich der Positionierung der Planungsgemeinschaft noch in dieser Woche anzuschließen. Eine Hinzuzie-hung des Bürgermeisters ist nicht zwingend erforderlich, da er als Regionalrat der Stadt bereits sein Votum abgegeben hat.

Der Regionalplaner macht nochmals auf den „Parlamentarischen Abend“ der parlamentarischen Gruppe Binnenschifffahrt am 20.09.2011 in Berlin aufmerksam und weist auf den Leiter der Grup-pe, Herrn Gustav Herzog, der als entscheidender Unterstützer der Forderung fungiert, hin. Er hat an der IHK – Pressekonferenz teilgenommen, organisiert die Pressearbeit in diesem Sinne und ist Mitglied des Verkehrsausschusses.

Auf Anfrage des Vorsitzenden des Ausschusses erklären sich die Abgeordneten einverstanden und stimmen der Verfahrensweise zu.

Der Fachbereichsleiter Bau- und Liegenschaftsmanagement fragt an, ob im Zuge der Ausbauarbei-ten an den Wasserstraßen auch Brücken betroffen sind, worauf Herr Rump bestätigt, dass 2 bis 3 Brückenanlagen entlang der SOW nicht containertauglich sind, dieses Thema jedoch auf Grund der zu erwartenden Güterarten (Schüttgüter) nicht zur Diskussion steht.

Der Abgeordneten Alter ist bekannt, dass die Firma Reuther GmbH großes Interesse an der Wasser-nutzung hat, da sich der Transport des überdimensionalen Liefergutes (Windkraftanlagen, Turbinen) auf dem Straßenweg sehr schwierig gestaltet und mit viel Aufwand verbunden ist. Auf Anfrage teilt Herr Rump mit, dass die Firma in die Recherchen zum Ausbau der Wasserstraßen mit einbezogen worden ist, es aber genügend Firmen und Unternehmen gibt, die sich nicht ausreichend in der Öffentlichkeit zu Wasserstraßen bekennen. Frau Alter wird den Sachverhalt im Landesausschuss vortragen, um gemeinsam nach Möglichkeiten der Unterstützung für unsere Region zu suchen.

Auf Anfrage des Fachgruppenleiters Herrn Tschepe teilte Herr Rump mit, dass die Reeder in Polen meist noch veraltete Schifffahrtsklassen betreiben und somit ein begrenztes Interesse an einem modernen Ausbau der Wasserstraßen zeigen.

## **TOP 7 Informationen der Verwaltung**

Der Fachbereichsleiter Bau- und Liegenschaftsmanagement erteilt dem Fachgruppenleiter Herrn Tschepe das Wort.

### **TOP 7.1 Information zu den Ausgleichsbeiträgen im Sanierungsgebiet**

(Der Infoflyer zum Sanierungsgebiet „Erweitertes Domumfeld“ steht den Abgeordneten bereits seit der letzten Sitzung zur Verfügung).

Das Sanierungsgebiet „Erweitertes Domumfeld“ wird durch die Frankfurter-, Kehr wieder-, Schul- und Geschwister-Scholl-Straße begrenzt und enthält eine Exklave im Bereich der Artur-Becker-Straße. Hier wird das umfassende Regelverfahren nach § 142 Abs. 1 Baugesetzbuch durchgeführt, wobei die Eigentümer der Grundstücke zur Zahlung eines Ausgleichsbetrages in Höhe der sanierungsbedingten Bodenwerterhöhung verpflichtet sind. Damit tragen sie zur Refinanzierung der Sanierungsmaßnahme bei und werden zugleich von den sonst üblichen Erschließungsbeiträgen im Sinne des § 127 BauGB bzw. nach Kommunalabgabengesetz entlastet. Die Ausgleichsbeträge können steuerlich geltend gemacht werden. Im „Erweiterten Domumfeld“ wurden seit 1999 bereits ca. 7,1 Millionen Euro investiert. Die Förderung der Maßnahmen im öffentlichen Raum und an öffentlichen und privaten Gebäuden erfolgt hier zu je 1/3 durch Bund, Land und Kommune. Der Förderzeitraum endet 2014. Zur Festsetzung der Höhe der Ausgleichsbeträge wurde in einem Gutachten die Bodenwertsteigerung als Differenz zwischen dem Anfangs- und dem Endwert der Grundstücke ermittelt, unabhängig von konjunkturellen und inflationären Einflüssen. Herr Tschepe erläutert die vom Gutachter erstellte Wertzonenkarte, in der das Sanierungsgebiet in fünf Zonen mit Wertsteigerungen von 8,00 bis 14,00 € pro qm aufgeteilt ist.

Die Erhebung der Ausgleichsbeträge ist gesetzlich vorgeschrieben und liegt nicht im Ermessen der Stadt. Regelmäßig sind sie nach Abschluss der Gesamtmaßnahme zu erheben. Eine höhere Planungssicherheit für die Grundstückseigentümer und auch für die Stadt bietet das Verfahren der vorzeitigen Ablösung durch eine freiwillige Vereinbarung. Dabei kann die Stadt Abschläge gewähren. Die Höhe der Abschläge ist abhängig vom Zeitpunkt des Abschlusses der Vereinbarung und beträgt üblicherweise bis 31.12.2011 max. 15%, bis 31.12.2013 nur noch 5%. Die Höhe der Gesamteinnahme beläuft sich je nach Zeitpunkt der Zahlung auf ca. 125.000 € bis 150.000 €. Der größte betroffene Eigentümer im Gebiet ist die Wohnungswirtschaft GmbH mit ca. 64 % der zu zahlenden Beträge, ca. 28,5 % haben die Privateigentümer und ca. 7,5 % die Domgemeinde zu zahlen. Die Verwaltung wird nun die entsprechenden Informationen und die Vereinbarungsvorschläge versenden.

Auf Anfrage von Frau Alter teilt der Fachgruppenleiter Stadtplanung mit, dass die Betroffenen/Eigentümer vor Beginn der Sanierungsmaßnahmen in ihrem Umfeld informiert worden sind. Frau Retzlaff ergänzt, dass der höchstmögliche Rabatt von 20 % in Brandenburg noch nie genommen wurde und die Voraussetzungen auch hier nicht vorliegen.

Herr Wende stellt fest, dass für die städtische Wohnungswirtschaft GmbH zum Ende des Jahres schon allein durch die Zahlung der Altanschließerbeiträge an den Zweckverband hohe finanzielle Belastungen anstehen und fragt an, ob die Verwaltung bezüglich der Ausgleichsbeiträge (64% entsprechen ca. 70.000 €) der Wohnungswirtschaft GmbH entgegenkommen könnte. Modalitäten dazu werden derzeit zwischen dem Bürgermeister und Ersten Beigeordneten abgestimmt.

### **TOP 7.2 Informationen zum Stand Lindenstraße FGL**

Herr Tschepe gibt auf wiederholten Wunsch der Abgeordneten einen Überblick auf die problematische Situation im Bereich der Lindenstraße, FGL. Anhand der Bebauungs- und Flächennutzungspläne

ne ist die ehemalige und aktuelle Zu- und Abfahrt von der Lindenstraße im Bereich ehemalige Kasernengelände Lindenstraße Süd ersichtlich, die zwischen zwei Wohninseln hindurch in das Gewerbegebiet führt.

Mit der Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 26 für die östlich der Wohninseln gelegenen Konversionsflächen wurde die Möglichkeit zur Anbindung des FGL-Grundstücks an die Thomas-Edison-Straße bzw. an die Lindenstraße geschaffen. FGL kann aber durch das Planungsrecht nicht gezwungen werden, diese Möglichkeit überwiegend oder sogar ausschließlich zu nutzen. Mit der 1. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 26 wurde an dieser Erschließungssituation nichts geändert. Es wurde lediglich darauf verzichtet, Flächen weiterhin als öffentliche Straße auszuweisen, obwohl diese Flächen bereits an FGL verkauft wurden und nicht mehr als öffentliche Straße benötigt werden. Das Verfahren der 1. Änderung ist abgeschlossen. Deswegen ist die Verwaltung jetzt verpflichtet, die Drucksache zum Satzungsbeschluss den Stadtverordneten auf der nächsten Sitzung am 20. Oktober zum Beschluss vorzulegen (Beratung im Ausschuss am 18.10.2011).

Auf Anfrage des Vorsitzenden teilt der Fachgruppenleiter mit, dass die Eigentumsverhältnisse südlich der Lindenstraße auf Grund des Datenschutzes erst im nicht öffentlichen Teil der Sitzung gezeigt werden können.

Auf Anfrage von Herrn Apitz versichert Herr Tschepe, dass das planungsrechtliche Verfahren nach den gesetzlichen Vorschriften (vorgeschriebenes Beteiligungsverfahren) durchgeführt worden ist und es keine Einwände von Bürgern gab.

Der Abgeordnete Hilke weist auf die Wesentlichkeit der Sache hin und erwähnt die positive Entwicklung von FGL durch die Schaffung von Arbeitsplätzen und Sicherung des Standortes.

Herr Tschepe erläutert auf Nachfragen, dass bei Einbeziehung der heutigen Zufahrt und der angrenzenden Wohnbebauung in den Geltungsbereich des Bebauungsplanes, auch die bewohnten Grundstücke als Gewerbegebiet ausgewiesen werden müssten, weil der Plan sonst nicht aus dem Flächennutzungsplan entwickelbar wäre – es sei denn, man würde in diesem Bereich auf die Ausweisung gewerblicher Bauflächen im Flächennutzungsplan verzichten. Das hätte aber grundsätzliche nachteilige Auswirkungen für die gesamte Gewerbegebietentwicklung beiderseits der Lindenstraße.

Frau Alter kritisiert, dass den Abgeordneten zur Bürgerversammlung im Juli vom Bürgermeister eine Zuarbeit über Veränderungsmöglichkeiten der Logistik zur Entlastung für die Anwohner versprochen wurde und diese bis heute nicht vorliegt.

Herr Roch berichtet, dass FGL bauliche Maßnahmen zur Lärminderung versprochen (dämmender Straßenbelag) hat und dass vom Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz ein Gutachten in Auftrag gegeben wird.

### **TOP 7.3 Informationen zum städtebaulichen Vertrag zum BPlan 72 "Solarpark James Watt-Straße"**

Der Städtebauliche Vertrag über die Durchführung von Maßnahmen des Artenschutzes liegt, wie in der letzten Sitzung vereinbart wurde, vor. Die Mitglieder des Ausschusses nehmen diesen zur Kenntnis.

### **TOP 7.4 Informationen zu Ausführungsbeschlüssen Altstädter Platz und Henry Hall**

Der TOP wird auf die TO der nächsten Sitzung, Sondersitzung am 18.10.2011, verschoben. An dieser Stelle informiert Frau Nötzel über die Vorplanungen zum Ausbau der Ehrenfried-Jopp-Straße an Hand der Planungsskizze.

Durch eine aktuelle Untersuchung im Bereich Wriezener Straße – Bachstraße konnte ein Verkehrsaufkommen von 6.000 Fahrzeugen in 24 h gemessen werden. Seit Jahren sind viele Anwohnerbeschwerden über Lärm aber auch den baulichen Zustand der Ehrenfried-Jopp-Straße eingegangen. Seit 2009 haben die Planungen zum Ausbau der Straße begonnen und werden jetzt wieder verstärkt thematisiert. In Richtung Norden (P+R), im Bereich der Baustelle des neuen Verwaltungsgebäudes steht Straßenraum zur Verfügung, der eine 6m breite Fahrbahn zulässt und es möglich ist, auf jeder Seite davon 2,80-3,00m breite Gehwege zu errichten, die „Radfahrer frei“ ausgeschildert werden. Abstimmungen zur Gestaltung der Außenanlagen vor dem neuen Verwaltungsgebäude zur Ausbaustraße, sind bereits abgestimmt worden.

Auf der nördlichen Seite sind Parknischen und Baumbegrenzungen geplant. Frau Nötzel weist darauf hin, dass die vorhandenen Bäume, die in diesem Jahr verschnitten worden sind, nicht mehr erhalten werden können.

Eine Änderung des Straßenquerschnittes wird es auch im Bereich der Kreuzung Bachstraße geben. Das Parken wird dort nicht mehr gestattet sein.

Auf Anfrage von Herrn Wende teilt Frau Nötzel mit, dass die vorhandenen Bäume nicht in den Straßenraum passen. Sobald die Entwurfsplanung vorliegt, können die Fördermittel beantragt und das Vorhaben weiter in die Haushaltsplanung eingebracht werden.

Weitere Informationen unter diesem TOP werden von Frau Nötzel, Herrn Tschepe und Herrn Roch erteilt.

Zur Frage von Frau Alter in der letzten Sitzung über das Verbleiben der Gedenktafel am ehemaligen Stadthaus IV, teilt Herr Tschepe mit, dass diese nur versetzt worden ist.

Die Submission für die Trebuser Straße hat stattgefunden, so dass das Bauvorhaben noch in diesem Jahr begonnen wird.

Das Land hat Gelder für die Sanierung des Abschnittes Langewahler Straße bis Spreebrücke eingestellt. Der Abschnitt wird mit Kaltdeckenasphalt ausgestattet.

Das Anliegen von Frau Alter, Leerstand in der August-Bebel-Straße, wurde von Seiten der Verwaltung aufgenommen. Der Bereich Wirtschaftsförderung und Tourismus wird sich der Problematik annehmen und bis zum Jahresende die Leerstände und Grundstückseigentümer ermitteln. Nach Vorliegen der Analyse wird geprüft, wie die August-Bebel-Straße wieder mit Leben erfüllt werden kann.

Die Firma Reuther GmbH hat die Durchfahrt zweier Schwerlasttransporter mit einer Breite von 5,95m und einer Höhe von 6,95m in den ersten zwei Oktoberwochen (genauer Termin ist noch nicht bekannt) angemeldet. Die Aktion wird dann in der Nacht durchgeführt, da Ampelanlagen aus dem Straßenbereich gedreht werden müssen.

## **TOP 8      Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses**

Die Abgeordnete Alter erkundigt sich nach dem Stand der Bauarbeiten am Parkplatz P+R, worauf Frau Nötzel die planmäßige Fertigstellung im November 2011 zusichert.

Frau Meinel bat die Verwaltung zu prüfen, ob es Möglichkeiten der Sanierung des vorhandenen Brunnens auf dem Neuen Friedhof gibt. Frau Nötzel hat diesen bereits in Augenschein genommen, jedoch noch nicht mit einem Steinmetz besprochen. Sachverhalt wird weiter geprüft.

In den Gewölben unter dem Paradeplatz, hat Herr Wilke bei seinen Vermessungen zwei Brunnen aus dem Mittelalter entdeckt. Herr Luban hatte zu dieser Zeit angefragt, ob nicht ein Brunnen über das Erdniveau zu heben sei, was von Seiten der Verwaltung zugesagt wurde. Der Abgeordnete beantragt auch im Sinne des Verschönerungsvereins, die Aufstellung eines der Brunnen.

Frau Nötzel schlägt vor, die Abstimmung dazu nach Gegenüberstellung der Kosten für die sichtbare

Aufstellung des Brunnens auf die TO einer der nächsten Sitzungen zu verschieben. Herr Luban erklärt sich einverstanden.

Auf Anfrage von Herrn Apitz zur Gehwegsanbindung vom Tränkeweg in Richtung Langewahl, teilt Frau Nötzel mit, dass eine zwischenörtliche Verbindung nicht zulässig ist.

Des Weiteren fragt Herr Apitz auch im Namen der lokalen Agenda an, ob die Möglichkeit besteht, einen weiteren Behindertenparkplatz vor der AOK zu reservieren. Herr Apitz wurde darauf hingewiesen, dass die AOK über Behindertenparkplätze verfügt.

Der Abgeordnete Hemmerling bittet die Missstände am Gehweg, nördlich von der Hegelstraße in Richtung Trebuser Straße und Umgehungsstraße zu beheben, worauf Frau Nötzel die Problematik der angehobenen Gehwegplatten durch Wurzeln nur mit Fällen der Bäume beheben kann. Laut Aussagen der Versicherung, müssen sich die Benutzer von Gehwegen im schlechten Zustand darauf einstellen, sie haben dort auch keinen Versicherungsschutz.

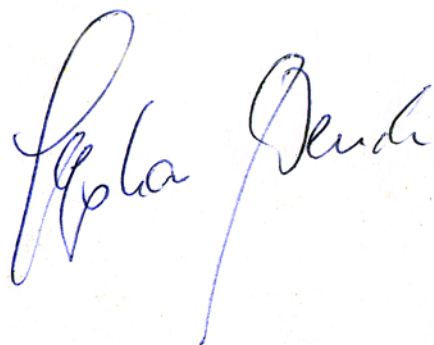
Herr Hemmerling bittet zeitnah nach anderen bautechnischen Möglichkeiten zu suchen, um die Begehbarkeit auch für ältere oder behinderte Menschen zu ermöglichen.

Frau Alter fügt zum Bereich Hegelstraße hinzu, dass die Bushaltestelle unbeleuchtet ist.

Herr Wende möchte Informationen zum aktuellen Stand der Schlussrechnung über die Baumaßnahmen im Parkclub und zur Zeitschiene der Haushaltsplanung. Die Schlussrechnung konnte noch nicht erfolgen, da eine Firma bereits wegen Rechnungsverzug angemahnt ist. Zur Haushaltsplanung teilt Herr Roch mit, dass die Haushaltsmittelanforderungen dem Kämmerer vorliegen. Als Nächstes werden Haushaltsabsprachen zwischen der Kämmerei und den einzelnen Bereichen terminiert.

#### **TOP 9 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung**

Der Vorsitzende beendet um 20.22 Uhr den öffentlichen Teil der 32. Sitzung und bittet die Nichtöffentlichkeit herzustellen.



Stephan Wende

Elke Stein

---

Vorsitzender

Schriftführerin